

Meldungen

von Ram Pradhan und Stefan Dietrich

Offensive der Ex-Gurkhas

In den Kampf der Gurkhas um Pensionsrechte gegen ihren früheren britischen Arbeitgeber — die Armee — ist Bewegung gekommen. Nach Mitteilung einer britischen Rechtsanwältin könnten britische Arbeitsgesetze und Anti-Diskriminierungsgesetze den Gurkhas dazu verhelfen, die gleichen Löhne und Pensionen wie ihre britischen Kollegen zu erhalten. Diese Meinung vertrat die Anwältin Henrietta Hill auf einer dreitägigen Konferenz der 'Gurkha Army Ex-Servicemen Organisation' (GAESO) in Kathmandu.

Henrietta Hill, die zur Zeit im Namen früherer Soldaten einen Prozeß an einem Londoner Gericht führt, glaubt, daß die in England seit den siebziger Jahren erlassenen Gesetze zum Schutz vor Diskriminierung den Fall der Gurkhas voranbringen dürften, da sie Diskriminierung auf der Basis von Geschlecht und Rasse verbieten. Die Gurkhas seien ganz eindeutig von den Briten angestellt worden, auch wenn sie über die ganze Welt verstreut wurden, insofern müßten auch für sie die britischen Gesetze gelten. Sie seien Angehörige der britischen Armee gewesen, aber unter wesentlich schlechteren Bedingungen. Nun sei der Knackpunkt, nachzuweisen, daß dies unter rassistischen Gesichtspunkten geschehen sei.

Die Nepalesen dienen bereits seit dem 18. Jahrhundert in der britischen Armee. Im Jahre 1947 einigten sich Nepal, Großbritannien und das nun unabhängige Indien auf einen Vertrag ('Tripartite Agreement'), der noch heute Gültigkeit bei der Rekrutierung von Gurkhas in die indische und britische Armee besitzt.

GAESO Präsident Padam Bahadur Gurung ist sich sicher, daß die Konferenz ihr Ziel erreicht hat: Das nationale und internationale Publikum über das unfaire Verhalten der britischen Regierung den Gurkhas gegenüber aufzuklären. Am Ende der Konferenz wurde eine 15-Punkte-Resolution verabschiedet, in der die britische Zivilgesellschaft aufgefordert wird, Druck auf ihre Regierung auszuüben, um die Diskriminierung zu beenden.

Die enttäuschten Ex-Gurkhas haben mit ihrer Kritik auch nicht vor ihrer eigenen Regierung halt gemacht. Sollte die nepalesische Regierung nicht endlich substantielle Schritte zu einem Dialog

mit London einleiten um die legitimen Rechte der Gurkhas einzufordern, so könnte sich nach Meinung Gurungs die aggressive Stimmung unter den ehemaligen Soldaten auch gegen die 'Singha Durbar' — den Sitz der nepalesischen Regierung — richten.

GAESO besteht außerdem auf der Abschaffung des Indo-Britischen-Abkommens, einem Anhang zum Hauptdokument, in dem festgehalten wird, daß der Sold und die Pensionen der britischen Gurkhas dem Niveau in der indischen Armee entsprechen sollten. Dazu ist anzumerken, daß mit der Unabhängigkeit Indiens die Truppen in indische und britische Gurkhas aufgeteilt wurden. Letztere verließen Indien, um für die Briten in anderen Kolonien zu dienen. Unter anderem verlangt die Resolution auch Klärung bezüglich eines Gurkha-Regimes in Brunei und Singapur.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch nicht klar, welche Schritte die nepalesische Regierung einleiten wird, um die Forderung der Gurkhas zu erfüllen. Der Außenminister Ram Saran Mahat hat versichert, daß die nepalesische 'Congress'-Regierung den Problemen der Gurkhas aufgeschlossen gegenübersteht. Zu konkreten Schritten zu dem von großen Teilen der Bevölkerung geforderten harten Auftreten gegenüber Großbritannien sagte er jedoch nichts.

Nicht jeder in Nepal ist indes mit dem Vorgehen der GAESO einverstanden. Die englischsprachige Wochenzeitschrift 'The Independent' z.B. kritisiert die GAESO wegen ihrer ehrgeizigen Forderungen und führt an, daß die großen Vorteile durch die Rekrutierung der Gurkhas, durch die Hunderttausende von Nepalesen profitiert hätten, unberücksichtigt blieben.

Währenddessen hat der GAESO-Präsident angedroht, daß seine Organisation mit ihrem Anliegen vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag ziehen wird, sollte der mit dem Fall der Ex-Gurkhas befaßte britische Parlamentsausschuß sich nicht zu einer zügigen Lösung durchringen. Rechtsanwältin Hill hat ebenfalls die Absicht, den Gerichtshof um eine Schlichtung anzurufen, sollte die britische Regierung bei ihrer harten Haltung bleiben.

Verhandlungen um Bhutan-Flüchtlinge wieder in Sackgasse

Mitte September empfing Nepals Au-

ßenminister Dr. Ram Saran Mahat in Kathmandu eine von Jigme Y Thinley geführte bhutanesisch-Delegation. Die Gespräche betrafen das ungewisse Schicksal von 100.000 Flüchtlingen aus Bhutan, die seit Jahren in der feuchtheißen Terai-Region in Nepal leben. Während dieser Gespräche erklärte Mahat zuversichtlich, daß die bhutanesisch-Delegation in dieser Frage "flexibel und entgegenkommend" sei. Am Ende zeigte sich, daß Mahat mit seiner Einschätzung weit daneben lag. Auch diese inzwischen achten bilateralen Gespräche verliefen zäh und brachten keinen entscheidenden Durchbruch. Nach der Einschätzung von Rakesh Chhetri, selbst ein Flüchtling, endeten die Gespräche da, wo sie begonnen hatten.

Das einzige Ergebnis war vielleicht das "zögernde" Zugeständnis Thinleys, daß Bhutan möglicherweise erwägen könnte, die "Flüchtlinge der 2. Kategorie" (freiwillige Migranten) mit den "Flüchtlingen der 1. Kategorie" (echte bhutanesisch-Vertriebene) gleichzustellen. Diesbezüglich mag daran erinnert werden, daß 1994 der damalige Innenminister Sher Bahadur Deuba sich eine Trennung der Flüchtlinge in vier Kategorien aufschwätzen ließ: 1. Echte Bhutanesen, die durch Zwang vertrieben wurden; 2. freiwillige Migranten nach Nepal; 3. Nicht-Bhutanesen; und 4. Bhutanesen mit krimineller Vergangenheit. Nepal und Bhutan müssen sich jedoch noch über die noch immer offene Frage einigen, auf welche Weise der jeweilige Status verifiziert werden soll. Nepal wünscht die Beteiligung einer vermittelnden dritten Partei, vorzugsweise des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge (UNHCR), was Bhutan strikt ablehnt. Experten sagen inzwischen ganz offen, daß sich die Diskussionen noch lange hinziehen werden, ein Umstand, der den Herrschern von Bhutan entgegenkommt. Sie möchten eine Beschleunigung der Assimilation der Flüchtlinge in Nepal abwarten, bevor sie einige Bhutanesen zurückkehren lassen, wenn überhaupt. Je später desto besser, so Thimpu gut überlegtes Spiel. Klare Gewinner waren auch diesmal wieder die verschmitzten bhutanesischen Unterhändler.

Bei seiner Ankunft am 12. September nahm Jigme Y Thinley ganz Kathmandu für sich ein, indem er erklärt: "Wir werden alle bhutanesischen Flüchtlinge zurücknehmen". Viele Beobachter glaub-

ten, Thimley würde die beiden Nachbarn von der Bürde und von den diplomatischen Verwicklungen, die sich nun schon fast ein Jahrzehnt hinziehen, befreien. Das sollte nicht sein. Denn was der freundliche Herr aus Thimpu mit "alle bhutanesischen Flüchtlinge" meinte, erwies sich als eine äußerst begrenzte Zahl, und auch das nur nach strenger Überprüfung.

Nach allem sieht es danach aus, daß Nepal langen Auseinandersetzungen mit Bhutan über die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge entgegenseht. Die Absichten Indiens dabei sind klar. Nepals Premier Krishna Prasad Bhattarai hegt die unrealistische Hoffnung, daß Indien bei der Lösung des Problems helfen könnte. Doch Indiens Außenminister Jaswant Singh wiederholte erst kürzlich die Position seines Landes hierzu: Die Flücht-

lingsfrage sei ein bilaterales Problem, das Nepal und Bhutan alleine lösen müßten. Singh leugnete zudem unverfroren, daß Indien Bhutanesen bei ihrer Rückkehr in ihre Heimat hindere. Das jedoch ist eine eklatante Fehlinformation. Wieviele Male schon haben Flüchtlinge aus Bhutan erfolglos versucht, das zwischen Nepal und Bhutan liegende indische Territorium zu durchqueren! Dazu liegen unzählige Berichte vor, die auch über unkorrektes Verhalten indischer Sicherheitskräfte Aussagen treffen.

Beobachter sind zu dem Schluß gekommen, daß Thimpu über Jahre mit Nepal Katz und Maus gespielt hat. Die internationale Gemeinschaft, besonders der Westen, haben sich offenbar von Bhutan überzeugen lassen, daß das größere hinduistische Nepal das kleine buddhistische Bhutan einschüchtern

möchte. Der entscheidende Punkt ist dabei, daß Indien, das nach dem Indo-Bhutanesischen Vertrag von 1949 beträchtlichen Einfluß auf Bhutans Außen- und Verteidigungspolitik hat, den strategischen Vorteil von Bhutans geographischer Lage wahren will. Jeder kennt Indiens Dauersorge, daß Bhutan seine Funktion als Pufferstaat verlieren könnte. Daher ist es zweifelhaft, daß Indien jemals etwas für Nepal auf Kosten von Bhutan unternehmen wird.

Was kann Nepal jetzt noch unternehmen? Sehr wenig! In der gegenwärtigen fast auswegslosen Situation schlug der frühere Botschafter Nepals in Bhutan, Lok Raj Baral, vor, gegenseitiges Vertrauen zwischen den beiden Nachbarn über informelle, nicht-offizielle Kanäle aufzubauen. Aber auch danach sieht es derzeit nicht aus.

Where's it? Since I can't see it,
how can I curb corruption!



Bissige Karikatur zur allgegenwärtigen Korruption in Nepal aus der 'Kathmandu Post'